

Voigtländische Blätter.

Unter redaktioneller Verantwortlichkeit von Aug. Wieprecht in Plauen
herausgegeben von mehreren Voigtländern.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich vorläufig einmal und zwar Sonnabends für den vierteljährlichen Preis von 7 1/2 ngr. Aufsätze und Mittheilungen für dieselbe wolle man an Aug. Wieprecht in Plauen adressiren. — Anzeigen aller Art werden aufgenommen und wird der Raum einer gespaltenen Seite mit 8 S. berechnet.

N^o 25.

Plauen, den 16. Septbr.

1848.

Inhalt: Wird Preußen zur Gründung eines einigen Deutschlands die Hand bieten? — Voigtländisches: Die V. V. in Treuen. — Plauen den 12. Septbr. Aus Pausa. Aus Plauen. Aus Delsnitz. — Vertliches: Aus Plauen. Ebdaher. Aus Delsnitz. — Eingefandtes: Zur Entgegnung. Gespräch im lieben Staate Sachsen. —

Sonntags den 24. September d. J.

Nachmittags 2 Uhr

Große Volksversammlung in Delsnitz!

Zu zahlreicher Theilnahme ladet ein

Der Comité

aus Auerbach, Drosßdorf, Hirschberg, Delsnitz, Schöneck und Zaulsdorf.

Wird Preußen zur Gründung eines einigen Deutschlands die Hand bieten?

Die Centralgewalt von Deutschland hatte Preußen die Vollmacht erteilt, innerhalb gewisser Grenzen mit Dänemark einen Waffenstillstand im Namen Deutschlands abzuschließen. Die große Schwachheit, die aus diesem Auftrage der Centralgewalt hervorleuchtet, wollen wir nicht weiter erwähnen; es ist traurig für Deutschland, daß eben die Centralgewalt, das sichtbare Organ der Einheit Deutschlands, Preußen diese Vollmacht erteilte, aus dem Grunde, weil das kleine Dänemark die Centralgewalt nicht anerkennen und nur mit Preußen in Unterhandlungen treten wollte. Nun wäre es aber doch gewiß die Pflicht Preußens gewesen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß der Ehre Deutschlands durch den Waffenstillstand auch nicht der geringste Flecken werde; allein Preußen thut gerade das Gegentheil; es überschreitet seine Vollmacht und geht so

schmähliche Bedingungen ein, daß jeder Deutsche schamroth werden muß. Deutschland, eine Nation von 44 Millionen läßt sich von Dänemark, einem Ländchen von noch nicht 2 Millionen Bedingungen vorschreiben, als ob es besiegt worden sei, und das zu einer Zeit, wo Dänemarks Flotte bald unthätig hätte bleiben müssen, da das Meer zugefroren, und wo dann die deutsche Armee über das Meer trocknen Fußes nach Kopenhagen hätte gehen können. Kehrt der Frühling wieder, so geht der Krieg von Neuem an, denn dann ist Dänemark durch seine Flotte im Uebergewicht und kann Deutschlands Handel ruiniren. So herrlich hat also Preußen die Interessen Deutschlands gewahrt, die es doch zu vertreten beauftragt war! Das Benehmen Preußens in dieser Angelegenheit erregt leicht den Wunsch in uns, zu wissen, in wie weit es wohl überhaupt Preußen Ernst mit der deutschen Einheit sei. Die Antwort hierauf ist klar und deutlich in einer Broschüre des Grafen von Arnim-Bohlenburg ausgesprochen, der während der Märzrevolution in

Berlin vom König noch für würdig befunden wurde, einen Ministerposten zu bekleiden. Dieser Graf scheint keineswegs nur seine Privatansicht in dieser Broschüre auszusprechen, sondern überhaupt die des Hofes, was theils seiner Stellung nach schon sehr leicht möglich ist, theils aber auch daraus hervorgeht, daß bei einer Gelegenheit, wie wir sehen werden, die preuß. Regierung ganz nach der Ansicht des Hrn. Grafen gehandelt hat. Preußen d. h. das preuß. Volk ist so gut deutsch, wie nur irgend ein anderer deutscher Stamm; allein der preuß. Hof, die Offiziere und die Beamten sind preussisch, durch und durch preussisch, und Friedrich Wilhelm scheint auch seitdem die Kartätschen nicht mehr pfeifen zu hören und sich nicht mehr an die Spitze der deutschen Bewegung stellen zu wollen. In wie weit nun Preußen sich Deutschland unterordnen wird, muß sich jetzt bald zeigen, da die Nationalversammlung zu Frankfurt die Sistirung des Waffenstillstandes ausgesprochen hat. Leider wird es wohl sich von der deutschen Sache loslösen, d. h. der Hof, nicht das Volk. Daß aber Preußens Hof und Beamte mit dergleichen Ideen umgehen, das wird am deutlichsten aus dem Schriftchen des Grafen v. Arnim hervorleuchten; derselbe sagt unter andern:

„Die Aufhebung der Bundesversammlung als des Organes der vereinigten freien Willenserklärungen einzelner unabhängiger und selbstständiger Staaten und die Ersetzung desselben durch den von diesen Einzelstaaten unabhängigen souveränen Willen eines Dritten (der Nationalversammlung und der Centralgewalt), steht also mit dem Grundcharakter des Bundes, mit dem Geiste der Wiener Bundesakte im grellsten Widerspruche. — — Es ist daher kein Mitglied des Bundes moralisch oder rechtlich verbunden, diese Maßregeln anzuerkennen. Das dissentirende Mitglied ist demzufolge aller und jeder Pflichten gegen den Verein entbunden.“ Ferner S. 18:

„Die, welche etwa kein preussisches Volk mehr, sondern nur noch ein deutsches Volk anerkennen wollen, halte ich keines Wortes der Erwiderung werth.“ Bravo, deutscher Graf! Ferner S. 25:

„Preußen ist frei und unabhängig in allen seinen Handlungen, bis seine Regierung und seine verfassungsmäßigen Vertreter über die Annahme eines neuen Bundesgesetzes einverstanden sind.“ Hier ist noch zu bemerken, daß der preuß. Herr Graf die jetzige Nationalversammlung in Berlin nicht für kompetent erklärt, weil dieselbe nur eine konstituierende sei; demnach wird Deutschland noch lange warten müssen, bis Preußen seinen Beitritt erklären kann. Zu den zuletzt

angeführten Worten macht nun der Herr Graf eine Anmerkung, aus der hervorgeht, daß diese Broschüre überhaupt eine Bekenntnisschrift des preuß. Hofes ist; die Stelle lautet: „Preußen ist also unzweifelhaft berechtigt, jetzt einseitig und selbstständig Frieden mit Dänemark zu schließen. Oder will die preuß. Regierung und soll Preußen etwa Kriege führen, bei deren Anfang und Ende erstre nicht einmal mehr eine Stimme hat?“ Dies schreibt ein Mann im Anfang des August, also vor Abschließung des Waffenstillstandes, der durch die Revolution Minister wurde, also doch wohl noch zu den Freisinnigern gehört? An noch einer andern Stelle S. 38 ist endlich der Herr Graf so gütig, dem deutschen Volke zu sagen, was „nöthig sei, damit Preußen sich dem neuen Bunde unter dem neuen Bundesgesetze anschließen könne.“ Er verlangt für Preußen nicht mehr als

1) „mindestens einen selbstständigen persönlichen Antheil an der obersten Bundesgewalt,

2) das Recht selbstständige ständische Gesandtschaften im In- und Auslande zu unterhalten und von dort anzunehmen,

3) sein Kriegsheer und seine sonstigen Vertheidigungsanstalten nicht in weiterer, als der früheren bundesgesetzlichen Weise dem Oberbefehl der künftigen Reichsgewalt unterordnen zu müssen.“

So deutsch gesinnt ist also die preuß. Regierung; mit Preußen werden sich auch andre Regierungen gegen die Centralgewalt und die Nationalversammlung auflehnen; haben sie es doch zum Theil schon versucht. Siehe deutsches Volk, das ist deine berühmte deutsche Einigkeit und Einheit. So traurig wird es aber auch mit Deutschland bleiben, so lange wir noch 38 verschiedene Staaten in Deutschland haben, deren 38 verschiedene Fürstenregierungen jede ihre Sonderinteressen verfolgen will, ungekümmert um Deutschland. So lange Deutschland nicht in Wahrheit Ein Reich wird, bleibt es der Spielball aller fremden Völker, und seien diese nur Zwerge gegen den deutschen Riesen. Darum — Wer Ohren hat zu hören, der höre!

N a c h s c h r i f t.

Zwar ist jetzt das volksverrätherische Ministerium Auerswald = Kühlwetter = Hansemann zu Berlin von der Linken gestürzt worden, weil es das absolutistische Gelüste hatte, einen Beschluß der preussischen konstituierenden Versammlung nicht zu vollziehen und dabei so frech reaktionär war, gerade einen solchen, welchen die übergroße Mehrheit des

preussischen Volks längst verlangte und jetzt mit Freuden begrüßte, unausgeführt zu lassen. Die verfassungsgebende Versammlung hatte nämlich am 9. August beschlossen, den Kriegsminister aufzufordern, einen Erlaß an die Armee zu richten, um sie über die jetzigen Prinzipien des Regierungssystems zu unterrichten, die Offiziere von allen reaktionären Bestrebungen ab- und zur Annäherung an die Bürger zu ermahnen, und überdem in diesem Erlasse es den Offizieren zur Ehrenpflicht zu machen, bei abweichenden politischen Ansichten ihre Entlassung zu nehmen. Zu dem erstern Theile des Erlasses hätte sich das Ministerium am Ende bequemt: das waren bloß Worte, die an die Soldaten gerichtet wurden, aber keine That, die man von ihnen verlangte, die Offiziere würden den Erlaß auch auf eine Weise veröffentlicht haben, daß sich gewiß die Reaktion damit zufrieden gestellt erklären konnte. Allein den zweiten Theil, der den verruchten Bestrebungen der preussischen Hofkamarilla und der von Gott verworfenen Reaktion der brandenburger und pommerischen Krautjunker den Hauptnerv zerschneidet, konnte sich dieses saubere Gelichter, das vom Marke des Volkes zehrt, natürlich nicht gefallen lassen, diesen mußte es zu verhindern suchen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Das „Ministerium der That,“ wie es sich selbst nannte, ließ sich bereitwillig zu dieser „That,“ der Verhöhnung der Nationalversammlung und der Märzrevolution, finden, konnte es doch auf höchste und allerhöchste Belobigungen rechnen, und weigerte sich entschieden der Ausführung des Beschlusses. Die Linke in der Versammlung aber bestürmte das Ministerium und das Ministerium fiel, es wurde gestürzt. Ueber die Zusammensetzung des neuen fehlen noch sichere Nachrichten. Die Reaktion hat jedoch eine Stütze weniger und wird noch mehr geschwächt dadurch, daß die reaktionären Junker-Offiziere bei ihrer „Ehre“ gezwungen sind, aus dem Heere auszutreten. Die Sondergelüste des Berliner Hofes werden demnach etwas weniger schroff auftreten und die Akzien einer wahrhaften Einheit Deutschlands steigen.

Trotzdem aber hat das deutsche Volk auf seiner Hut zu sein, denn derselbe altpreussische „Fras,“ der diejenigen, welche nur noch ein deutsches Volk und nicht mehr ein preussisches, bairisches, hannoversches, lichtensteiner, anerkennen wollen, keines Wortes der Erwiderung für werth hielt, ist jetzt, nachdem das bisherige in jeder Beziehung schwächliche Reichsministerium gestürzt worden, zum Minister der deutschen Centralgewalt ernannt worden! Ist diese Wahl eine Verhöhnung des Brandenburger Junkers oder des deutschen Volks? Wir glauben Letzteres, denn mit einem Reichsministerposten, zumal jetzt in Zeiten der sich wieder frech regenden Reaktion und der fürstlichen Sondergelüste, diese egoistischen,

Deutschlands Einheit ganz entschieden feindlichen Gesinnungen zu bestrafen, das wäre denn doch mehr als lächerlich. Dahmann, Dahmann, von dem Reichsverweser mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragter Professor der Königl. Preussischen Universität zu Bonn, woran hast du gedacht bei den Herren Grafen! **Deutsches Volk sei doppelt auf der Hut!**

Boigtländisches.

Die Volksversammlung in Treuen.

(Brief an den Redaktör.)

Lieber Freund! Der Protokollauszug, der mir zugesagt wurde, ist mir noch nicht gekommen. Ich enthalte mich daher, Dir über die einzelnen Redner und Reden viel zu schreiben und will Dir nur ein allgemeines Bild davon geben. Mir pecht das Herz, wenn ich daran denke! Ich habe das freie Versammlungsrecht gehörig benutzt und mancher Volksversammlung beigewohnt, aber eine so großartige, imponirende, als die Treuensche, habe ich noch nie gesehen. Soll ich erst sagen, daß die Sympathien der Massen auf unsrer Seite waren? Bei Treuen versteht sich das von selbst. Wer am radikalsten sprach, erhielt den meisten Beifall.

Ich hebe Dir einen wichtigen Beschluß der Versammlung hervor, den sie auf Antrag des Bürgermeisters Meyer aus Treuen faßte. Der ist die Forderung einer konstituierenden Versammlung für Sachsen. Wir haben Oberländers Rath befolgt, der da lautet:

Helft euch selbst!

Darum haben wir die Minister und den König — auf den Rath Oberländers gestützt! — übergangen und sogleich gewählt, nämlich den Parteiführer der Linken, Tschirner. Er soll austreten aus diesem alten schlafmüßigen Landtag, mit den anderen Männern, die gewählt werden, ein Wahlgeseß berathen und es dem König zur Genehmigung vorlegen. Wollen sehen, wie's wird!

Es ist anzunehmen, daß die große Mehrheit der Versammlung, die nach allgemeiner Uebereinstimmung aus 10,000 und mehr Menschen bestand, republikanisch gesinnt war. Die Apathien, die sich während meiner Rede gegen F. W. in Berlin, unsern „juten“ Freund, offenbarten, sind mir ein bedeutungsvolles Zeichen. Das Volk glaubt den Fürsten Nichts mehr!

Sonntag, den 24. Sept. große Volksversammlung in Delsnig. Bis dahin verbleibe ich Dein Freund

J. S.

Plauen den 12. Septbr. Ich soll Ihnen einen Bericht über die Volksversammlung geben, die am 10. zu Adorf gehalten wurde. Erwarten Sie aber nicht eine ins Spezielle gehende Beschreibung, nur in kurzen Umrissen kann ich derselben in Ihren Blättern gedenken.

Man muß es den Manen des im heurigen Frühjahr verstorbenen Advokaten Wilhelm Becker zu Adorf rühmlichst nachsagen, daß dieser Mann in der That nicht umsonst gelebt, sondern im wahrsten Sinne des Wortes segensreich gewirkt hat. Nicht genug, daß er mit der furchtlosesten Energie, der größten Aufopferung und Ausdauer gegen die Reaktion und die Feinde des Volks im deutschen und sächsischen Vaterlande sowohl in seiner Wirksamkeit als Stellvertreter des Abgeordneten Todt, wie auch als Privatmann angekämpft, er hat auch in Adorfs Bürgerschaft mit rastlosem Eifer eine Saat gelegt, die herrliche Früchte getragen hat. Man muß die politische Tüchtigkeit, die Entschiedenheit und Charakterfestigkeit, die Gesinnungstreue der großen Mehrheit von Adorfs Bürgern aus eigener Anschauung kennen und sie selbst den Urheber dieser so höchst erfreulichen Zustände nennen hören, man muß es aus ihrem eignen Munde vernehmen, mit welcher Liebe und welcher wahrhaft rührender Anhänglichkeit sie „ihrem Becker“ noch zugethan sind, um die segensreiche Thätigkeit dieses Mannes beurtheilen zu können. Wahrlich Becker hat Großes, Tüchtiges gewirkt! Jeder Freund der Freiheit habe Achtung vor diesem Namen! Und dabei war er so still bescheiden und überließ gern den Ruhm seiner mühevollen Bestrebungen seinem damaligen „Freunde“ Todt, dem, allerdings wie es jetzt sich herausstellt, sein Ich das Höchste war, er trug das Bewußtsein der edlen Thätigkeit in sich und das Resultat derselben war sein Zweck, was kümmerte ihn da ein Lob, dies konnte er ruhig einem Andern angedeihen lassen. Drum habe jeder Freund der Freiheit und der Humanität Achtung vor dem Namen Wilhelm Becker!

Entschuldigen Sie die kleine Abschweifung mit der heiligen Pflicht der innigsten Anerkennung und Gerechtwerdung, die Voigtland gegen die Manen dieses Mannes zu erfüllen hat und die ich meinerseits dadurch, daß ich seiner großen Verdienste, wenn auch nur flüchtig gedachte, in etwas abzutragen mich für sittlich genöthigt hielt. Es war ja eben die Frucht seiner Bestrebungen, daß der Adorfer Bürgerverein, der sich nächstens an die republikanische Majorität der Vaterlandsvereine unter Jäckel anschließen wird, das Ausschreiben einer Volksversammlung für Sachsen, Böhmen, Baiern und Rußen beschloß, und daß Stadtrath und Stadtverordnete bereitwilligst Holz, Streu und dergl. zu Erbauung der Tribüne bewilligten. Die letztere war auf dem Schießanger, wo nach den gedruckten Anforderungen die Versammlung abgehalten werden sollte, er-

richtet und hatte ein prächtiges, acht voigtländisches Ansehn, sie war ganz mit frischen Fichtenzweigen ausgestattet, und die Rednerbühne auch an einem Plage errichtet, wo die Redner überall vernommen werden konnten. Die Versammlung war stark besucht, die Zahl 6 — 7000 ist gewiß nicht zu hoch angegeben. Der erwachte Sinn des Volks machte einen erhebenden Eindruck und höchst erfreulich war es, neben Bewohnern des Greizer Landes, die den 14 und mehrstündigen Weg von Fraureuth, Hohen-dorf u. nicht gescheut hatten, Männer aus Münchberg, Selb, Hof und andern bairischen Orten zu sehn und neben der Mundart des Egerländer Bauern und der obervoigtländischen von Aisch, Rosbach und den sächsischen Grenzorten die von Werdau u. u. und die ganze Stufenleiter der mittelvoigtländischen bis an die bairisch-reußische Grenze zu hören. Kurz nach 1 Uhr ward die Versammlung vom Komite' obmann Blanckmeister zu Adorf mit kräftigen Worten eröffnet, in denen er außer dem herzlichen Willkommen, den er den Erschienenen zurief, auf die Ursache und den Zweck der Versammlung einging, die sich überall erhebende Reaktion und die heilige Pflicht des Volks, sich gegen dieselbe zu wappnen und sie zu vernichten, die Verbrüderung der deutschen Bruderstämme zu gemeinsamen Kämpfe. Diese Lebensfrage des Volks führte in durch unzählige Bravos und Hochs unterbrochener längerer Rede Friß Rödiger von Schönberg weiter aus, zeigte, wie man überall im ganzen großen Vaterlande bestrebt sei, die Errungenschaften der Märzrevolution zu vereiteln und allmählig zu vernichten, wie die Reaktion überall ihren Hiderkopf erhebe und selbst in Frankfurt, wo doch nur die Verwalter der Volksinteressen tagen sollten, festen Fuß und weiten Boden gefaßt habe, doch nicht ganz sei der Ver-rath am Volke gelungen, es säßen in der Paulskirche noch Männer, die seine Rechte und seine Freiheit zu wahren suchten, doch seien diese in der Minderheit und nur selten gelänge es ihren Bemühungen, den wahren Interessen des Volks eine geringe Mehrheit zu verschaffen, darum aber sei es eben Pflicht des Volks, seine Freunde zu unterstützen durch Thätigkeit in Versammlungen und durch Anerkennung ihrer Mühen und Kämpfe. Er schlug nun die Abfassung einer Adresse an die Mitglieder der äußersten Linken vor, die nach geschehenem Vorlesen genehmigt und mit einer ungeheuern Mehrheit gegen eine kleine Minderheit, die sie an die Linke überhaupt gerichtet wissen wollte, und unter tausendstimmigen Hochs auf die äußerste Linke beschloßen wurde. Nach einer Pause, die auf jede Rede folgte und mit trefflichen Musikstücken ausgefüllt war, bestieg der Tischlergeselle Gläsel aus Großenteich die Bühne und sprach in wahrhaft trefflichen, kernigen Worten von der Zeit der Befreiung, die auch für den Arbeiterstand hereingebrochen sei, von den Verdächtigungen, die von der

Reaktion auf diese wahrhaft menschlichen Bestrebungen geschleudert wurde, den unverdienten Vorwürfen des Kommunismus und des Güter-Raubes und dergl., und von der daraus mit um so gebietender Nothwendigkeit hervorgehenden Aufforderung an die Arbeiter, selbst mitzuarbeiten an diesem Werke mit allen humanen Mitteln, mit der Erziehung durch den Lehrmeister, durch das Beispiel u. u. Er erntete, wie er es verdiente, ungeheuren Beifall. Er selbst war wegen seiner gleichfalls trefflichen Rede auf der Schönbergerer Versammlung von der bekannten Adorfer Reaktion im B. N. verleumdet worden. Doch alle diese Niederträchtigkeiten müssen an dem tüchtigen Manne abprallen, möchte doch der Arbeiterstand noch recht vieler solche Männer aufzuweisen haben! Nach diesem sprachen noch mehrere andere Redner über die Republik und die unbedingt nothwendige Einführung derselben und fanden in den Versammelten die treuesten Gesinnungsgenossen, die ihre Sympathien für diese Staatsform durch die lautesten und anhaltendsten Beifallsrufe zu erkennen gaben. Mehr humoristisch sprach sich ein Student Päsold aus Hof in bairischer Mundart aus. In dem speziell sächsischen Theile der Versammlung schilderte Köbiger die Täuschungen, die das sächsische Volk von seinen Ministern erfahren, die Nothwendigkeit der Auflösung der Kammern und Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die dann auch das unsinnige Zweikammersystem abschaffen werde, Abschaffung der Pensionen und Apanagen, Verminderung der Beamtenmassen u. u. und beantragte die Absendung einer Adresse an den König, die einstimmig angenommen ward. Auch erwähnte dieser Redner in einer frühern Rede gebührend die Verdienste Beckers und die jetzige Thätigkeit seines „Freundes“, des politisch gestorbenen Todts, wofür er endlosen Jubel erntete.

Mit dem Gefühle der vollkommensten Befriedigung verließ die Versammlung den Platz und bestimmte noch Hof als den nächsten Tagort. Der Obmann brachte noch der Versammlung und diese ihm ein Hoch. Darnach Schluß der Versammlung. Einige Redner versuchten sich noch ein Publikum zu verschaffen, es schien ihnen jedoch nicht gelingen zu wollen. Die Gesamtstimmung aber war eine durch und durch republikanische.

Die Adresse an den König lautet:

Sire!

Aus den verschiedensten Theilen unsers engern sächsischen Vaterlandes sind bereits die vielfachsten und deutlichsten Kundgebungen an die gegenwärtig zu Dresden versammelten Kammern gelangt, daß sie nicht im Besitze des Volksvertrauens sind und sein können, daß sie sich deshalb auflösen und auseinander gehen möchten. Sie haben jedoch diesen gerechten Wunsch des

Volks nicht erfüllt, sondern sitzen noch immer beisammen und üben eine Thätigkeit aus, die ihnen nicht mehr zustehen kann.

Auch wir am 10. September zu Adorf versammelte Bürger, schließen uns ebenfalls diesem Begehren unsrer Brüder an und wünschen die baldigste Auflösung der Kammern. Wir wenden uns aber nicht an diese, sondern an Sie, Sire, und ersuchen Sie, von dem Ihnen nach der B. U. zustehenden Rechte Gebrauch zu machen und die Kammern aufzulösen, die vom Volke nicht mit dem nöthigen Vertrauen beschenkt, daher nicht im Stande sind, seine Rechte gehörig zu vertreten und zu befestigen. Sie werden gewiß unsre Hoffnung, die wir hiermit auf Sie gesetzt, nicht täuschen und unsern Wunsch, den Wunsch der großen Mehrheit der Bürger Sachsens erfüllen, wenn Sie die Folgen des Mißtrauens des Volks gegen die Verwalter seiner Interessen für unser engeres und weiteres Vaterland ermessen, wenn Sie erwägen, mit welcher Gesinnungen das Volk den Diäten der Kammermitglieder nachrechnet zu einer Zeit, wo doppelte Steuern einander jagen, und für eine Thätigkeit, welche viele der Abgeordneten selbst als eine verlorne, umsonstige bezeichnet. Lösen Sie daher die Kammern auf und berufen Sie andere Männer, Männer, zu denen das Volk mehr Vertrauen hegt, von denen es eher die Begründung seiner Freiheit und seines Wohlstandes erwartet, berufen Sie eine konstituierende Versammlung ehe baldigst nach Dresden, damit den gerechten Wünschen des Volks endlich Rechnung getragen werden könne. Mit diesem zugleich übertragen Sie auch unter Entlassung der übrigen Minister, dem Minister Oberländer die Bildung eines neuen Ministeriums, das andere, volks- und freiheitsfreundlichere Männer enthält und lassen Sie es die heilige Pflicht derselben sein, bei der Festsetzung der Grundlagen der freien und wahrhaft volksthümlichen Verfassung vor Allem der konstituierenden Versammlung geeignete Vorlagen dahin zu machen, daß

- 1) die Zivilliste vermindert werde und die Apanagen für die königlichen Prinzen und Prinzessinnen gänzlich wegfallen,
- 2) die Pensionen und besonders die Offizierspensionen von Staatswegen ebenfalls nicht mehr gewährt,
- 3) die großen Beamtenmassen verringert,
- 4) die Klöster aufgehoben und
- 5) die Mitglieder des alten Ministeriums wirklich mit der Untersuchung belegt werden.

Die Wunden, die jede Revolution dem Wohlstande des Volks schlägt, klaffen noch sehr, suchen Sie dieselben durch schleunigste Gewährung dieser Volkswün-

sche einigermaßen zu heilen. Das Volk hat ein Recht, sie zu verlangen!

Sire, wir hegen zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie mit dem Volke gehn und sein Wohl wünschen, darum rechtfertigen Sie es durch Befriedigung seiner Wünsche.

In Ergebenheit der von der am 10. Septbr. d. J. zu Adorf abgehaltenen Volksversammlung beauftragte Komite'.

K. Blanckmeister. J. G. Heckel. Chr. Geipel.
Ferd. Müller. Friß Rödiger.

Die Adresse an die äußerste Linke, die an den voigtländischen Abgeordneten v. Trübschler abgesandt wurde, lautet:

Männer der äußersten Linken!

Das deutsche Volk ist arg getäuscht worden. Mit Wehmuth blickt es zurück auf seine Revolution, auf seine Siege, seine Errungenschaften: es hatte die Freiheit erobert und die Tirannie vernichtet. Wie immer, war es aber auch jetzt wieder zu großmüthig und hatte die Gnade, im Vertrauen auf seine Allgewalt, seinen Feinden, statt sie unschädlich für ewige Zeiten zu machen, die politische Existenz zu gewähren. Sie haben ihm trefflich gelohnt: durch theoretische und praktische Verwirrungen haben sie das einige Volk zu theilen und damit zu schwächen und durch die übrigen Regionen ihrer schlechten Mittel ihm die Macht aus den Händen zu winden gesucht. So ist es gekommen, daß die deutsche Nationalversammlung, welche die eroberte Freiheit im Sinne des Volks, das heißt gemäß den Forderungen der Revolution nach Innen und Außen organisiren sollte, nicht bloß den Erwartungen des Volks für die Heimath nicht Rechnung trägt und dasselbe verleugnet, sondern auch seine Ehre dem Troße winziger Nachbarn opfert und dem Hohne und Schimpfe der übrigen Nationen Preis giebt; so ist es gekommen, daß die Verwalter der Volksinteressen zu Ausbeutern derselben auf Kosten des Volks zu Gunsten seiner Feinde geworden sind.

Doch es ist der Unfreiheit noch nicht gelungen, die Paulskirche zu Frankfurt zu ihrem völligen, ungetrübten und unvermischten Ausdruck zu machen, noch tagen Männer in ihr, die des Volkes Rechte zu wahren beflissen sind, die es für einen Verrath am Volke, an der Revolution, an der Humanität halten, für das große Vaterland nicht diejenigen Grundlagen herbei zu schaffen, auf denen allein die Freiheit, der Wohlstand und die Bildung aller deutscher Brüder erstehen kann. Männer der äußersten Linken, zwar steht Ihr in der Minderheit gegen die volksverrättherische Mehrheit

der Nationalversammlung, zwar erntet Ihr fast immer nur Niederlagen von Euern Kämpfen, laßt Euch aber durch alles Dieses nicht entmuthigen und stehet auch hinfort, wie bisher, bei der Fahne des Volks. Ihr strittet eine Zeitlang allein und das Volk zeigte Euren Mühen nicht die lohnende Theilnahme, die sie verdienen. Das Volk hat aber eingesehen, für was Ihr kämpft und gegen wen Ihr kämpft, es hat seine Feinde kennen gelernt und durchschaut. Drum regt es sich auch überall, spricht Euch Muth und Ausdauer zu und kämpft mit Euch außer der Nationalversammlung für dasselbe Ziel, welches Ihr in der Nationalversammlung erreichen wollt. Erinnert Euch daher stets bei Euern Kämpfen daran, daß Ihr nicht der Zukunft angehört, wie die Halben zur Beschönigung ihres Treibens so selbstprahlerisch und praktischbeachselzuckend von Euch sprechen, sondern daß Ihr gerade und nur Ihr der Gegenwart ächte Söhne seid, daß Ihr eng verbunden mit dem strebenden Volke die gesegneten Zustände der Freiheit und Einheit herbeiführen wollt und werdet. Die kleine Minderheit in der Paulskirche hat die große Mehrheit Deutschlands für sich und hinter sich.

Nehmet daher, wenn auch nicht im besondern Auftrage, doch gewiß im Sinne dieser Mehrheit, von der am 10. Septbr. zu Adorf abgehaltenen Volksversammlung für Sachsen, Böhmen, Baiern und Preußen diese kurze Erklärung, daß nur Ihr, Männer der äußersten Linken, die Rechte des Volks vertreten, daß das Volk mit Euch geht und strebt, daß Ihr darin Euern Lohn erblicken, daß Ihr nie wanken und weichen mögt von seiner Fahne, der Fahne der Freiheit, des Wohlstands und der Bildung für Alle!

Im Auftrage der am 10. Septbr. zu Adorf abgehaltenen Volksversammlung für Sachsen, Böhmen, Baiern und Preußen

Der Komite'.

K. Blanckmeister. J. G. Heckel. Chr. Geipel.
Ferd. Müller. Friß Rödiger.

Aus Pausa. Während fast überall im Sachsenlande ein frisches politisches Leben herrscht, während in den meisten Städten und selbst vielen Dörfern politische Vereine bestehen, die entweder für Republik, oder konstitutionelle Monarchie auf der breitesten demokratischen Grundlage wirken, oder auch die alte gute Zeit wieder herbeizuführen sich bestreben, scheint der Flügelschlag der neuen Zeit die hiesige Gegend wenig berührt zu haben. Zwar war hier auch ein Verein, wie anderwärts ins Leben getreten, allein nach kurzem Bestehen ist er wieder eingegangen. Und, warum?

Weil die Männer, die an seiner Spitze standen, kein Interesse dafür zeigten, so zahlreiche Theilnahme ihm auch von Seite der Bürgerschaft theils schon geworden war, theils noch geworden sein würde. Politisirt wird allerdings auch hier, wenn man sich zusammensindet, aber es besteht eben nur darin, daß man sich einander die Nachrichten mittheilt, welche die Leipziger Zeitung gebracht hat. Ein Raisonement kommt selten zu Stande und wenn es geschieht, so geht man dabei ziemlich vorsichtig zu Werke und nicht über gewisse Grenzen hinaus. Für die politische Bildung des Volkes geschieht nichts und es wäre daher sehr wünschenswerth, wenn, wie in Adorf, Treuen, Chemnitz u. a. D. vorigen Sonntag geschehen ist, auch hier einmal eine Volksversammlung gehalten würde. Freilich müßte dieselbe von Auswärtigen veranstaltet werden, da hier kaum ein Veranstalter dazu sich finden würde. Ist doch nicht einmal eine Einladung zur Statt gehaltenen Volksversammlung in Adorf hier angeschlagen worden, obgleich dem Bernehmen nach betreffende Maueranschläge dazu hierher gekommen sind. — Wenn nun auch das politische Treiben der Parteien in die philiströse Gemüthlichkeit, welche hier herrscht, keine Störung bringt, so geschieht das mehr durch eine kirchliche Partei, welche besonders seit anderthalb Jahren hervorgetreten ist, wo Herr Minister von Wietersheim einen neuen Diakonus und wie man hört, mit den Worten hierher geschickt hat, „daß er daselbst schon einen guten Boden vorfinde, in welchen er Samen ausstreuen könne.“ Was das für Samen ist, braucht nicht dem erst gesagt zu werden, der die Richtung des Exministers kennt. Gestehen wir nun auch Jedem die Freiheit zu, zu glauben was er will, so ist es doch für einen Freund des Volkes betrübend, zu sehen, wie religiöse Verdummung, die mit der politischen meist Hand in Hand geht, durch solche Leute befördert wird. Denn von einer Anerkennung der Vernunft und ihrer Rechte ist da keine Rede. Proselytenmacherei wird natürlich stark getrieben und der Teufel spielt im Jahre des Heils 1848 eine große Rolle. Ich begegnete neulich einem Manne, der lange sehr krank gewesen war und erhielt von ihm auf meine Frage: wie es gehe? die Antwort: „ach! der Herr Diakonus hat mich während meiner Krankheit recht gemartert.“ Aber selbst für den Freund der Kirche ist solches Treiben nicht nur betrübend, sondern empörend. Denn wer Geschichtchen und Anekdoten hören will, dem ist zu rathen, daß er, Nachmittags die Kirche in Pausa besucht und die Kinderlehre mit abwartet. Nur darf sein Schamgefühl nicht zu groß sein, wenn solche Geschichtchen erzählt werden, wie es bei der Erklärung des sechsten Gebotes geschehen ist.

Aus Plauen, Greiz, Zeulenroda finden sich Dunkel männer stets zahlreich ein, und auch von hier geht Mancher zur Befriedigung seiner Neugierde leider! ins Gotteshaus. —

Die Vernünftigen sind über dieses Unwesen, wodurch die Kirche zu einem Komödienhause herabgewürdigt wird, allerdings entrüstet, aber sie sind zu zaghaft, sich laut darüber auszusprechen. Ich unternahm es daher, mich einmal darüber zu äußern und hoffentlich werden die Voigtl. Bl. meine Mittheilung zum Abdruck bringen, da ich glaube: daß ein Blatt, welches gegen politische Verdummung ankämpft, solches auch einmal einen Artikel gegen die Reaktion in der Kirche aufnehmen kann. —

Plauen den 12. Sept. Der Volksverein hat seine Adresse an die Linke in Frankfurt entsendet.

Delsnitz, den 14. Sept. — Die republikanische Partei, welche seit 4 Wochen hier zu einer enormen Höhe gestiegen ist, trotzdem daß man sie mit allen möglichen Mitteln zu unterdrücken sucht, hat gestern Abend durch ihren Führer J. Schanz einen glänzenden Sieg gefeiert. Gewissermaßen von den Nachbargemeinden Schöneck, Schönberg, Treuen und Adorf beschämt und durch die beiden letzten Versammlungen begeistert, hatte sich auch hier das Bedürfniß nach einer Volksversammlung kund gegeben. Im Bürgerverein war darauf ein Antrag gestellt, der gestern zur Verhandlung kam. Gewisse Leute hatten allerlei Bedenklichkeiten dagegen, die jedoch vor den schlagenden Wigen Schanzens in leeres Nichts zerfliegen mußten. Einer machte die Befürchtung geltend: „es würden keine Redner kommen!“ — darauf interpellirte ihn Schanz: „Sie fürchten wahrscheinlich, daß Redner kommen“ und ein allgemeiner Bravoruf tönte aus allen Theilen des Saales. Nach einer mehrstündigen Debatte war es gelungen, die ganze Versammlung gegen Eine Stimme (einen schreibenden Voigtsberger Amtsgeist!) dahin zu bewegen, daß sie auf den 24. Sept. eine Volksversammlung abzuhalten beschloß. Welche Begeisterung in unsern Leuten ist, mag man daraus sehen, daß sich sogleich etwelche meldeten, die Tribüne zu bauen, Andre für Fahnen, wieder Andre für Geld u. dergl. sorgen wollen. Es ward nun aus den Bürgern Dr. Jahn, Gottfr. Roth und Jul. Schanz aus Delsnitz, August Thieme aus Hirschberg (dem Reichstagsmitgliede), Kaufmann Claus aus Auerbach und Bürgermstr. Finke aus Schöneck ein Komite' gebildet und wir freuen uns Alle unendlich, in den nächsten Tagen die Volksversammlung zu haben. Unstre Aristokraten und Hunde-Bergister werden allerdings Alles aufbieten, sie zu vereiteln; aber nur muthig! vielleicht vereiteln wir ihre Anstrengungen erst recht. Der Geist ist

einmal erwacht und er ist nicht zu unterdrücken — nämlich der heilige Geist der Republik. Schanz hörte man noch vor wenigen Wochen einen Räuberhauptmann genannt — gestern waren Alle (bis auf oben berührten Amtsgeist) für ihn und seine Ansichten. „Der Sieg muß uns doch bleiben!“ — W. P.

Vertliches.

Aus Plauen.

Herr H. hat in Nr. 53 des Voigtländischen Anzeigers dem Plauischen Volksverein und seinen Beschützern eine vierte Widmung angeheißen lassen, während seine erstern drei Herauslassungen verschiedene Ueberschriften getragen haben.

Auch meiner gedenkt er dabei, indem er einen von mir verfaßten, mit der Unterschrift Z. versehenen, in die Voigtländischen Blätter Nr. 23 abgedruckten Aufsatz bespricht, dabei, was die Sache anlangt, nicht wiederlegt, sondern mich persönlich angreift und verdächtigt, so daß ich mich veranlaßt sehen muß, das Nöthige darauf zu entgegnen.

Wenn H. behaupten will, daß bloß die Leitung des Volksvereins, welche er eine mangelhafte und unglückliche nennt, der Gegenstand gewesen sei, gegen welchen allein er eine Lanze einzulegen sich gemüßigt gefunden hat, so muß ich gestehen, daß ich mich von der Wahrheit dieser Behauptung nicht überzeugen kann. Die öffentliche Meinung wird darüber sich ein Urtheil gebildet haben, ob Herr H. den rechten Weg gewählt und verfolgt hat, die Tendenzen des Volksvereins im allgemeinen und das Wohl der Stadt insbesondere zu fördern.

H. rechnet mich zu den Wespen, welche auf seine Herauslassungen von allen Seiten zum Vorschein gekommen sind.

Ich überlasse es ebenfalls dem Publikum, zu entscheiden, ob dieser Ausdruck anständig und angemessen ist. Dem Herrn H. aber gebe ich zu bedenken, daß aus dem Hervortreten Mehrerer zu seiner Entgegnung doch etwas Anderes als ein Wespenneß gefolgert werden kann, z. B. wahres Interesse an dem Besprechen öffentlicher Angelegenheiten, welche man nicht durch Angriffe auf Personen unterdrückt zu sehen wünscht.

H. sagt, daß ich in den verschiedenen Punkten, welche ich als Uebelstände bezeichnet habe, einen Tadel gegen die Verwaltungsbehörde ausgesprochen habe, und daß dieser Tadel, insofern er die Verwaltung angeht, zum Theil begründet sei; hat aber unterlassen zu bemerken, wo und inwiefern diese Uebelstände nicht gegründet sein sollen.

H. sagt, daß die Stadtverordneten, welche nach meiner Meinung ihre Schuldigkeit nicht gethan hätten, zu wiederholten Malen Anträge gestellt, sich selbst beschwerend an die vorgesezte Behörde gewendet hätten, mehr aber könnten sie nicht thun.

Er stellt also den Satz auf: wenn ich geprügelt werde, so schreie ich, dann stelle ich den Antrag, daß ich nicht mehr geprügelt werde; hören die Prügel noch nicht auf, so führe ich wegen dieser Prügel Beschwerde, und hilft das Beschwerdeführen nichts, so — laß ich mich fortprügeln oder im gegenwärtigen Fall, so lasse ich die erkannten Uebelstände fortbestehen.

Mit solchem Ende vom Liede kann ich mich jedoch nicht einverstanden erklären, sondern ich glaube wohl recht zu haben, wenn ich der Ansicht bin, daß wenn sie andere Mittel nicht kennen, sie lieber abzutreten und die Angelegenheit kräftigern Männern zu überlassen haben. Damit wäre wohl auch der gute Rath erteilt, welchen H. zu haben wünscht. Indessen wäre es Anmaßung von mir, wenn ich nicht bemerken wollte, daß ich nicht allein dieser Ansicht bin, sondern ein sehr großer Theil der hiesigen Bürgerschaft.

In dem nun folgenden Satze greift mich H. persönlich an, indem er sagt, daß ich das Vertrauen des größern Bürgerausschusses, welches mich zum Rathsmitgliede berufen hatte, dadurch belohnt habe, daß ich mich seit längerer Zeit weigere, diese Funktion ferner zu übernehmen, um mit eigener Kraft dahin zu wirken, daß wir in die von mir gewünschten glücklichen Zustände recht bald versetzt werden.

Es muß mir erlaubt sein, mich gegen diesen Angriff zu vertheidigen.

Ich bin mir bewußt, mich während meiner Theilnahme an den Arbeiten des Rathskollegiums nach Kräften bestrebt zu haben, für das Wohl der Gemeinde zu wirken und das genannte Kollegium wird mir ein bejahendes Zeugniß deshalb nicht versagen können. Allein so bald ich mich überzeugt hatte, daß ich in der **Hauptsache** nichts ändern konnte, und da ich mich mit dem Gange und den Resultaten der Verwaltung nicht einverstanden erklären konnte, so hielt ich es für Schuldigkeit, den übernommenen Auftrag in die Hände der Auftraggeber zurückzugeben.

Man muß doch vernünftigerweise annehmen, daß sich jede Verwaltung ein Ziel setzt, worin sie das Wohl der Stadt erblickt, und daß dieses Ziel nun mit aller Kraft und allen Mitteln erstrebt wird. Will man dieses Ziel aus dem Gange und den Resultaten der hiesigen Verwaltung und Vertretung seit 16 Jahren abnehmen, so kann man sich mit dem Gefundenen nicht zufrieden erklären. (Fortsetzung s. Beilage pag. 187.)

Wäre z. B. ein ächt konstitutioneller Sinn, waltete ein anderer Geist in der Verwaltung und Vertretung, so würde das Vorhandensein eines Lokalstatuts, eines gesetzlich vorgeschriebenen Vermögens-Verzeichnisses, einer Geschäftsordnung für den Stadtrath, ein Lebensbedürfnis gewesen sein, ohne welches man gar nicht zur Ruhe kommen konnte, welches man rastlos durch Energie erstrebt haben würde, selbst wenn die vorgesetzten Behörden ihren Verordnungen keinen Nachdruck zu geben sich herbeigelassen hätten.

Ist also, nach diesen Grundlagen zu urtheilen, das konstitutionelle Prinzip ins Fleisch und Blut der Verwaltung und Vertretung der Stadtgemeinde noch nicht gehörig übergegangen, so ist wohl auch wenig für die Fortbildung dieses Prinzips (von dieser Seite) zu erwarten.

Wenn ich mich nun überzeugt habe, daß ich ein anderes als das nach meiner Auffassung bis jetzt erreichte Ziel bei den fest aneinander geketteten Zuständen, welche hier herrschen, durch meine fernere Theilnahme an den fraglichen Arbeiten nicht erreichen kann, so kann ich ohnmöglich der Sklave eines übernommenen Auftrags sein, welcher gezwungen ist, einen gegen seine Ueberzeugung streitenden Zustand mit fortführen zu helfen.

Welches Schicksal Anträge auf Verbesserung desselben haben, habe ich schon vor ungefähr 9 Jahren, wo ich dergleichen Anträge während meiner kurze Zeit dauernden Funktion als Stadtverordneter stellte, erfahren.

Diese Anträge waren nach meiner Erinnerung sowohl auf Verminderung von Schulden, als auch auf Erreichung eines ordnungsmäßigen Verwaltungszustandes gerichtet. Auch jetzt habe ich es an solchen Anträgen, namentlich als Kirchenvorsteher nicht fehlen lassen.

Ein anderer Grund zur Niederlegung meines Ehrenamtes als Stadtrath war der, daß ich weder die pekuniäre noch moralische Verantwortlichkeit wegen meiner Theilnahme an der Verwaltung übernehmen mochte. Denn die pekuniäre Verantwortlichkeit dauert bei dem hiesigen langen Bank-System noch über das Leben hinaus, was daraus hervorgeht, daß weil. Herr Sen. Schmidt, welcher schon seit mehr als 20 Jahren gestorben ist, bis heute von dem Stadtrath und Stadtverordneten noch nicht seiner Verantwortlichkeit wegen seiner frühern Theilnahme an den Geschäften des Stadtrathes entbunden worden ist und da immer neue Verwickelungsposten bei dem bisherigen Gange der Verwaltung entstehen, so glaube ich, daß in den Pflichten eines unbesoldeten Stadtrathes die nicht mit begriffen ist, eine lebenslängliche und über die Lebensdauer hinaus-

reichende Verantwortlichkeit dabei zu übernehmen, welche zu Zeit- und Kostspieligen Prozessen führen können.

Aber mehr als die pekuniäre Verantwortlichkeit ist es die moralische, welche ich in Betreff meiner gehaltenen Funktion als unbesoldeter Stadtrath unter den obwaltenden Umständen nicht übernehmen kann. Ich bin gewohnt, in meinem Geschäftskreise jährlich zu inventiren, um das Resultat desselben zu erfahren. Stellt es sich günstig heraus, so sieht man sich dadurch veranlaßt, auf dem betretenen Wege fortzugehen, zeigen sich aber unerwünschte Resultate, so hat man Veranlassung, die Ursache dazu aufzusuchen, dieselbe zu beseitigen und einen andern bessern Weg einzuschlagen. Eine solche Inventur ist aber leider in der Verwaltung der Stadt beim Mangel eines Vermögens-Verzeichnisses, welcher seit 16 Jahren hier besteht, nicht möglich und ich bin daher außer Stand gesetzt, sowohl dem Vertrauen der Stadtgemeinde zu entsprechen, als auch mich wegen meiner Theilnahme an der Verwaltung zu rechtfertigen.

Die hiesige Verwaltung ist der eines Geldpakets zu vergleichen, welches ungezählt ist, wo man daher jedem Angriffe ausgesetzt ist, ohne sich verantworten zu können, wo man aber auch nicht nachweisen kann, so und so viel ist dieses Jahr zugefetzt und von der Substanz des Stadtvermögens verzehrt worden, oder was dasselbe ist, so viel sind mehr Schulden gemacht worden. Kann ich mich daher wegen meiner Theilnahme an der Verwaltung in Bezug auf den gesetz- und ordnungsmäßigen Gang derselben nicht rechtfertigen, so muß es mir freistehen, mich der Theilnahme an der betreffenden Verwaltung zu enthalten. Es kann nicht Sache des unbesoldeten Stadtraths sein, den gesetz- und ordnungsmäßigen Gang der Verwaltung zu schaffen, sondern wohl Sache der Stadtvertretung, diejenigen Mittel anzuwenden, welche andere Städte bei dem Uebergang in das neue städtische Verwaltungsleben nach Eintritt der allgemeinen Städteordnung angewendet haben, um die Ordnung herbeizuführen.

H. giebt ferner an, daß ich im vergangenen Jahre die Kontrolle über den Getraideverkauf und den Brodverkauf übernommen habe. Dies ist jedoch unwahr. Ich habe über den Getraide- und Brodverkauf eine Kontrolle nicht übernommen.

Nicht lange nach meinen im April verflossenen Jahres erfolgten Eintritt ins Rathskollegium habe ich zu wiederholten Malen auf die Verantwortlichkeit aufmerksam gemacht, welche aus dem Brodverkauf und dem, was darauf Bezug hat, entstehen könnte, auch Anträge deshalb gestellt. Ich wurde gegen Ende Mai v. J. ersucht, eine Revision des Brodverkaufs vorzu-

nehmen, worauf ich eine Inventur und Kalkulation anstellte, welche ich dann dem Kollegium mittheilte. Ueberdem nahm ich eine zweite Inventur gegen Ende Juni vor und legte auch das Resultat derselben, so gut es die übrigen Vorlagen gestatteten, vor. Ende Juni verreiße ich alsdann ins Bad und konnte wegen dieser Reise gegen 7 Wochen nicht an den Arbeiten des Kollegiums Theil nehmen. Ich bin mir bewußt auch in dieser Angelegenheit meine Schuldigkeit gethan zu haben, was mir die betreffenden Herren Stadträthe werden bezeugen müssen. Zu bemerken habe ich noch, daß nach § 211 der allgemeinen Städteordnung mir als unbesoldeten Stadtrath die Leitung und Aufsicht nicht zustand und ich mich bloß auf Anträge in diesen Betreff zu beschränken hatte.

Endlich werde ich aber auch noch von Herrn H. verdächtigt, indem er sagt, daß es mir nicht unlieb sein müßte, daß z. B. das alte Rechnungswesen endlich geordnet werde, weil ich persönlich dabei betheilig sei.

Ich bin bei dem alten Rechnungswesen nicht mehr und nicht weniger wie jedes andere Kommun-Mitglied persönlich betheilig. Meint vielleicht H. dies betheilig, daß mein Vater für der Stadt-Verwaltung hier vor 1832 gelieferten Arbeiten noch keine Bezahlung hat? Diese seine Forderung ist von der frühern Verwaltung durch Widimirung seiner Rechnungen, durch Buchung, durch Liquidirung bei den Eberhardtschen Konkurs, als für meinen Vater zu vertreten, und durch Schuldscheine anerkannt. Der wird schon bezahlt werden.

Daß nun mein Vater der früheren Verwaltung Vertrauen geschenkt hat und dies von ihr bis jetzt noch nicht gerechtfertiget worden ist, kann mich nicht abhalten über ungeordnete Verwaltungs-Verhältnisse zu schreiben und zu sprechen.

Es giebt Gründe genug, welche jeden, der Gemeinfinn hat, bestimmen müssen nach einer guten Finanzverwaltung zu streben. Ich will nur einige dieser Gründe in der Kürze aufzählen.

Dem Schuldenmachen der Verwaltung Plauens muß ein Ende gemacht und nach Verminderung derselben mit aller Energie gestrebt werden, weil

- 1) mit der Zinslast die Abgaben wachsen.
- 2) weil bei Erhebung nach dem Einkommen je höher die Stadtabgaben steigen, desto mehr zu befürchten steht, daß sich Kapitalisten dadurch veranlaßt sehen, entweder sich von hier weg oder sich nicht hieher zu wenden, sowie daß sich deshalb das Kapital versteckt und den Gewerben und Hypotheken entzieht und der Zinsfuß steigt.
- 3) Je höher die Stadtabgaben ansteigen, in gleichem Verhältnisse fällt der Häuser- und Grundstückenwerth.

Die Einkommensteuer kann bloß bei niedrigen Abgaben bestehen. Denn da sie doch von einer Person gegeben wird, die Besitz hat, so wird nach meiner Ansicht bei einem Hauswerth von 3000 thlr. und einer Stadt-abgabe von 20 thlr. auf den Besitzer diese Abgabe schon auf den Preis des Hauses wirken und bei einem etwaigen Verkauf ein verhältnißmäßig geringerer Preis erzielt werden können und endlich

4) das Schlimmste, was aus dem bisherigen Gange und Resultate der Verwaltung hervorgegangen ist, das Mißtrauen, die Unzufriedenheit, die Theilung der Bürgerschaft, der Unmuth über die stets wachsenden Abgaben, alles Umstände, wobei der Gemeinfinn nicht gedeihen kann, während bei einem geordneten mit Umsicht und Energie geführten Finanzwesen das Vertrauen und der Gemeinfinn einen festen Grund hat und jeder Bürger dann gerne bereit ist, zu Erreichung nicht nur des Nothwendigen, sondern auch des Wünschenswerthen sein Scherlein beizutragen.

Wilhelm Zschweigert.

Aus Plauen. Am Montage hat der Verleger des V. A., nachdem ihm bei 20 thlr. Strafe auferlegt war, den Verf. der Aufsätze, mit H. unterzeichnet, genannt, und so kam Hr. Kfm. Eder, Vorsitzender der Stadtverordneten, Ausschußmitglied des Volksvereins zum Vorschein, in Folge dessen gestern Abend ein Volksverein gehalten, und in welchem derselbe von der Mitgliedschaft des Vereins ausgeschlossen wurde, auch beantragte man noch, die geeigneten Schritte zu thun, ihn aus dem Kollegium der St. V. zu entfernen, da er das Vertrauen der Bürger verloren habe. An demselben Abend sollte Eder mit der ersten Kagenmusik beehrt werden, es sammelte sich auch vor dessen Hause ein großer Haufen Menschen und ließ den Sch..... Eder leben. Dem Stadtrath Schwauf aber gelang es noch, durch gute Worte sie von der Ausführung der Kagenmusik abzubringen.

Delknitz, den 13. Septbr. Vergangenen Sonnabend war in unsrer Stadt der Parlamentsabgeordnete Thieme, um seinen Freund Schanz zu besuchen. Derselbe war jedoch nicht anwesend und so ging denn Thieme in's Kasino. Ein Abgeordneter von der äußersten Linken im Kasino — Himmel und Hölle! Kaum erfuhr man Thiemes Namen, so stellte ein gewisser merkantilischer Ritter hier, der in Reaktion bereits mehrmals Bankerott gemacht und über dessen Charakter jetzt alle einig sind, seinen Kommiss an, auf die Linke im Parlament zu schimpfen. Der Pudel füllte seine

Mission mit Geschick und Anstand aus. Er nannte die Linke „Gesindel“ und so weiter. Thieme war aber zu stolz, nur ein Wort darauf zu entgegnen und lächelte mehrmals, als wolle er sagen: „Ihr seid doch rechte E—!“ — Es zirkulirt hier folgendes Spottlied darauf:

Der Herr schickt seinen Gogel aus;
Er soll den Thieme schimpfen.
Der Thieme lacht sie beide aus,
Wie sie die Nasen rümpfen.

Der Herr schickt seinen Gogel aus,
Er soll den Thieme schmähen;
Der Thieme lacht sie alle aus,
Die Raben und die Krähen.

Der Herr schickt seinen Gogel aus,
Der schimpft mit Spottgenäsel;
Der Thieme lacht sie Alle aus:
„Ihr seid doch rechte E—!“ —

p. u.

Zur Entgegnung.

Fritz, der „Minnesänger der Hütten“, („sein Vatername gilt hier Nichts“) hat in der vorletzten Nr. dies. Bl. „auch einen Reisebericht“ gegeben. Ich wurde erst in den letzten Tagen darauf aufmerksam gemacht, weil darin auch die Rede von mir sei, was wie gewöhnlich meine Freunde für wichtiger hielten, als ich selbst. Zu ihrer Beruhigung nur Einiges Wenige. Fritz, der „Minnesänger der Hütten“ will uns, wie er im Eingange sagt, nicht „Träume“, auch keine „Gedanken“ geben (davon wären wir allerdings so sicher gewesen!), sondern „Erfahrungen.“ Er scheint jedoch unter „Erfahrungen“ das zu verstehen, was er durch Hörensagen von andern Leuten „erfährt“ und fällt so in die unanständige Rolle eines Klatschweibes. Er würde sonst von unsrer Unterredung im Gasthof zum wilden Mann gesprochen haben, nicht jedoch von dem, was ihm ein indiskreter Freund, dem ich kein Hehl machte von meiner gedrückten Stellung in Delsnik, aus Briefen von mir mitgetheilt hat. Solche Sachen gehören nicht in Zeitungen und vor größere Publikum, edler „Minnesänger!“ Auch muß ich noch Ihrer Logik zu Hilfe kommen. Wenn mir, wie ich meinem indiscreten Freunde geschrieben, Etwas verboten ist, so heißt das noch lange nicht: ich habe nicht den Muth es zu thun. Das will ich Ihnen, edler Minnesänger der Hütten, durch die einfache Thatsache beweisen, daß ich trotz des Verbotes von gewisser Seite her so oft in den demokratischen Verein ging, als derselbe zusammen kam (öfter konnte ich nicht hingehen!) und auf meiner Reise durchs Voigtland in Auerbach, Treuen, Elsterberg, Hirschberg und im Rosenthal, so wie am letzten Sonntag auf der Treuenschen Volksversammlung so aufgetreten bin, daß ich bewiesen habe, nicht nur ein „tüchtiger Republikaner“ sein zu wollen, wie Sie sich auszudrücken belieben, sondern auch — mit Ihrer gütigen Erlaubniß — Einer zu sein. Sparen Sie deshalb ihre pädagogischen Rathschläge für sich selbst und reden Sie, wenn Sie für Zeitungen schreiben, edler Minnesänger der Hütten, Etwas weniger in den Wind, lassen Sie Ihre possiblichen Kämpfe gegen Windmühlen, damit mich mein Satyr nicht in Versuchung führt, Sie den Donquixote des Republikanismus zu taufen. Schließlich noch den Rath, daß Sie mit einer solchen indirekten (sein sollenden) Verdächtigung gegen mich nicht glauben mögen, mich „gepuzt“ zu haben, wie man sich in Adorf darüber ausließ. Sie sagen zwar, Sie seien nicht

eitel, das wäre aber mehr, das wäre anmaßend. Mit Ihrer gütigen Erlaubniß werde ich in Zukunft in den Reihen der deutschen Republikaner, wenn auch nicht in „Ihren Reihen“ fortfechten. Denn — gegen Windmühlen zu kämpfen ist meine Sache nicht.

Möge Ihnen der Umstand, daß ich gegen Sie schreibe, ein Beweis sein, daß ich Sie für keine Windmühle halte. Mit der Versicherung meines ausgezeichneten Wohlbefindens und in der rosenfarbigsten Laune habe ich das Vergnügen, mich dem ewigen „Minnesänger der Hütten“, so wie allen Freunden und Feinden bestens zu empfehlen.

Delsnik, den 13. Septbr. 1848. Julius Schanz.

Zwiegespräch im lieben Staate Sachsen.

Staatsbürger. Wer sind Sie?

Der Amtsfrohn Wurstel.

Staatsbürger. Worinnen besteht Ihre Beschäftigung? Amtsfrohn. Die zur Haft gebrachten Mörder, Spitzbuben und anderes Gesindel festzuhalten, zu verpflegen und vom Ungeziefer zu reinigen, auch mehrere andere Besorgungen.

Staatsbürger. Haben Sie eine Dienstinstruktion?

Amtsfrohn. Ja.

Staatsbürger. Darinnen ist Ihnen wohl auferlegt worden, gegen Ihre Vorgesetzten und sonst gegen Jedermann stets manierlich und höflich zu sein?

Amtsfrohn. Ja wohl.

Staatsbürger. Wie konnten Sie sich nun aber kürzlich erlauben, in dem Dorfe G. so viele Personen ohne alle Ursache gröblich zu beleidigen?

Amtsfrohn. Unser einer muß doch, Kraft seines Amtes, auch Etwas zu sagen haben. (Ich hatte Etwas unter der Mütze.)

Staatsbürger. Wenn dies Ihre Vorgesetzten erfahren, welche solche Vergehungen nicht dulden, werden Ihnen verschiedene Komplimente gemacht werden.

Amtsfrohn. Nu nu! Was ein guter Pudel ist, der schüttelt sich.

Staatsbürger. Ich meine es gut und will Ihnen einen guten Rath geben. Wenn Sie künftig in ein Wirthshaus kommen, setzen Sie sich allein und trinken Ihren Krug Bier ruhig, mengen und sprechen Sie nicht in das Gespräch der Gäste, wenn Sie nicht erst dazu aufgefordert werden, besaufen Sie sich nicht, seien Sie gegen Jedermann hübsch artig und höflich, verträglich, machen

Sie keinen Skandal, beleidigen Sie Niemand und verlangen Sie nicht mehr Komplimente, als Ihnen gebühren, leben sie sittsam und erfüllen Sie streng Ihre Pflicht. Wenn Sie diesen guten Rath allenthalben erfüllen, wer-

den Sie bleiben, was Sie sind, thun Sie es nicht, so könnte es leicht kommen, daß Sie Ihre jetzige ruhige Beschäftigung mit der Haue und Schaufel vertauschen müßten. Adie.

Edictalladung.

In hiesiger Stadt ist am 26. Mai ds. Js. eine alte Frauensperson, die früher Magddienste geleistet, später kleine Handelsgeschäfte getrieben hat, mit Namen Johanne Elisabeth Blümner, mit Tode abgegangen.

Da weder deren Geburtsort, noch deren Abstammung ausfindig zu machen war, dieselbe aber ein Vermögen von ungefähr 2500 thlr. hinterlassen hat, so werden hiermit deren Erben und Gläubiger Gerichtswegen aufgefordert,

den 3. Februar 1849

an hiesiger Gerichtsstelle persönlich zu erscheinen, und sich, als Erben oder Gläubiger des Nachlasses, unter der Verwarnung, zu legitimiren, daß sie außerdem ihrer Ansprüche, sowie der Wiedereinsetzung in vorigen Stande für verlustig erachtet und über diesen Nachlaß selbst den Befehlen gemäß verfügt werden wird.

Gerichtswegen hat man übrigens

den 26. Februar 1849

zum Introlationstermine und

den 10. März 1849

zur Publication eines Präklusivbescheides festgesetzt und ladet unbekannte Erben und Gläubiger unter der Verwarnung dazu vor, daß im Falle Ihres Ausbleibens der gedachte Bescheid für publicirt gehalten werden wird.

Auswärtige Personen haben übrigens an hiesigem Orte Bevollmächtigte zu bestellen.

Stadtgericht Plauen, am 7. September 1848.

H a u f n e r.

Avvertissement.

Die hiesige untere Elster- oder Kreuzmühle mit vier Mahlgängen, einer Schneide- und Graupenmühle nebst Zubehör ist von den Herren Altersvormündern der beiden unmündigen Besitzer derselben, der 2 Gebrüdere Löbering allhier, an deren bisherigen Pächter, den Müllermeister Heinrich August Fuchs allhier, anderweit auf 6 Jahre, von Michaelis 1848 bis dahin 1854 für die jährliche Pachtsumme an 600 Thlr., in 2 Terminen zahlbar, verpachtet worden.

Rückfichtlich der unmündigen Verpächter wird daher dieser Pacht öffentlich ausgeschrieben und werden daher diejenigen, welche ein höheres Gebot zu thun gesonnen, hiermit geladen,

den 25. September 1848

auf hiesigem Stadtgerichte Mittags um 12 Uhr in Person zu erscheinen, ihre Mehrgebote zu thun und sich nach Befinden des Zuschlags dieses Pachts an den Meistbietenden zu versehen.

Der dieser Licitation als Bedingung der Verpachtung dienende Pachtvertrag liegt hier zur Einsicht bereit und wird vor jetzt nur noch bemerkt, daß der Pächter bei Antritt des Pachts einen unverzinslichen Pachtvorstand von 600 Thlr. zu erlegen hat.

Stadtgericht Plauen am 8. September 1848.

H a u f n e r.

Die Königl. Baugewerkschule in Plauen

beginnt am 10. Oktober d. Jahres ihren Winterkursus, und es werden nicht nur diejenigen Gesellen und Lehrlinge des Maurer- und Zimmerhandwerks, welche bereits im vorigen Jahre die Anstalt besucht haben, sondern auch diejenigen, welche als neue Zöglinge in dieselbe eintreten wollen, hiermit aufgefordert, längstens bis zum 7. Oktober bei der unterzeichneten Direktion persönlich oder schriftlich sich anzumelden. Die Aufnahme der Angemeldeten, zu welcher der Geburts- Impf- und Konfirmationschein, sowie der Nachweis des bisherigen Wohlverhaltens erforderlich ist, wird am 9. Oktober Vormittags 9 Uhr im Saale des Gewerbschulgebäudes statt finden, und es wird Solches mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß spätere Anmeldungen auf keinen Fall berücksichtigt werden können.

Plauen den 4. September 1848.

Die Direktion der Königl. Gewerks- und Baugewerkschule. P f r e s s c h n e r.

Schießhaus: mit Schankwirthschaft-Verpachtung in Mühltröfz soll am 26. Septbr. d. J. Vormittags 10 Uhr im Schießhaus selbst, unter Bekanntmachung der Pachtbedingungen, auf drei Jahre, vom 1. Jan. 1849 an, stattfinden, wozu Liebhaber einladet Mühltröfz den 11. Septbr. 1848.

Der Vorstand der Schützengesellschaft.

Mein Haus in Elsterberg, bestehend aus 3 Stuben, 3 Kammern, 2 kleinen Kellern und Hofraum, nebst einem Stück Feld und Wiese von 2 Schoffel Aussaat, ganz in der Nähe des Hauses gelegen, will ich auf den 29. Oktober im Hause selbst meistbietend verkaufen. Das Nähere soll am Tage des Verkaufs bekannt gemacht werden.

Johanne Friederike Krüger.